

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 342

31. Aug. 2005

11. Jahrgang

## Die Wahrheit ist nichts Absolutes (Teil 1)

Mit der Erarbeitung des REMHI-Berichts (Wiedererlangung der historischen Erinnerung) lancierte die katholische Kirche ein wichtiges Versöhnungsprojekt. Die Ermordung von Bischof Juan José Gerardi im April 1998 liess diesen Prozess in einer entscheidenden Phase zum Stocken kommen, als es nämlich darum ging, die im Bericht zusammengetragene(n) Geschichte(n) an die Bevölkerung zurückzutragen, damit sie diese mit ihrem eigenen Kontext und den persönlichen Erlebnissen einordnen konnte.

Wie leistet die katholische Kirche heute ihren Beitrag zur Versöhnungsarbeit? Welche Rolle kann und will sie einnehmen, um der "Gerechtigkeit" auf sozialer und juristischer Ebene einen Schritt näher zu kommen. Im folgenden Interview gibt Jesús Hernández, Theologe und Direktor von CAFCA (Zentrum für forensische Analyse und angewandte Wissenschaften) Antworten auf diese Fragen. Der zweite Teil des Interview erscheint im nächsten ¡Fijáte!.

*Frage: War REMHI eine Initiative allein von Monseñor Gerardi oder war es ein Projekt der katholischen Kirche generell?*

Jesús Hernández: Das REMHI ist aus einer Einzelinitiative entstanden, die jedoch von einem Grossteil der katholischen Kirche gutgeheissen und unterstützt wurde. Der Anstoss kam von Monseñor Gerardi, der sich jedoch bewusst war, dass er auf Unterstützung angewiesen war. Teil eines „Kollektivs“ zu sein, eines professionelles Teams mit einem grossen Wissen über den guatemaltekischen Kontext und die katholische Kirche als Institution hinter sich zu wissen, war sicher ausschlaggebend den Entscheid Gerardis, dieses Projekt zu initiieren. Auch Gerardi startete nicht bei Null, er ging von einem Kontext aus, den er kannte, in dem er selber gelebt hatte. Und dieses interdiözesane Projekt war für ihn eine Möglichkeit, die Opfer zu ehren und zu würdigen.

*Frage: Stand/steht wirklich die gesamte katholische Kirche dahinter, ungeachtet der Rolle, welche Teile dieser Institution während des Krieges spielte?*

J.H.: Vielleicht müssen wir zuerst definieren, von welcher Kirche wir sprechen: Von der Basiskirche oder von der Hierarchiekirche. Es gab während des Krieges sehr viele engagierte Personen innerhalb der Kirche, Katechisten, Prediger, Animatoren, junge Leute. In den 60-80er Jahren ging ein starker, eindrücklicher Impuls von der katholischen Kirche aus, der ein Bewusstseinsbildungsprozess bei vielen Guatemalteken auslöste. Ich glaube, vor allem das Departement Quiché ist ein Referenzpunkt für diese Entwicklung, ebenso Huehuetenango, San Marcos oder der Petén. Es fand eine Veränderung statt vom Traditionellen über die *Acción Católica* zur Befreiungstheologie, hin zu den Basisgemeinden. Von DIESER Kirche spreche ich und diese Kirche steckt auch hinter der Initiative des REMHI.

*Frage: Und trotzdem brauchte es das Einverständnis der Kirchenhierarchie, das Projekt mit Namen und finanziell zu unterstützen.*

J.H.: Das stimmt. Aber ich denke, wenn ein solches Bedürfnis von der Basis her geäussert wird, müssen die klerikalen Autoritäten darauf reagieren, auch wenn nicht die gesamte Kirchenhierarchie voll und ganz dahinterstand. Ich kann mir gut vorstellen, dass es Meinungsverschiedenheiten und internen Widerspruch gab. Die Position der Befürworter war, dass der Moment gekommen sei, um über die Grausamkeiten zu sprechen, weil Gott das wolle und weil Gott kein Leiden und keinen Tod wolle, und weil die Leute verstehen müssten, was geschehen ist.

*Frage: Hat sich seit der Publikation von NUNCA MÁS die Einstellung oder das Verhalten der katholischen Kirche verändert?*

J.H.: Ich glaube schon. Ich selber fühle mich als Teil eines Veränderungsprozesses, als Teil dieser Kirche. Ich war 1993 – 2000 im Petén tätig. Unsere Aufgabe war, eine soziale Veränderung herbeizuführen. Die Bereitschaft, diesen Prozess zu unterstützen, war riesig. Doch irgendwie sind wir steckengeblieben. Die im REMHI zusammengetragenen Erfahrungen und Geschichten hätten der Bevölkerung zurückgegeben werden sollen, um darauf eine Gegenwart und Zukunft aufzubauen. Doch wie soll etwas zurückgegeben werden, wenn sich nichts an der Situation geändert hat? Die Armut besteht weiterhin, die Marginalisierung besteht weiterhin, die Arbeitslosigkeit ebenso. Hier ist für mich ein wichtiger Punkt: Es geht nicht darum, diese erste Etappe (die Vergangenheit) abzuschliessen und uns auf die zweite Etappe (die Gegenwart) zu konzentrieren, die beiden müssen in Verbindung zueinander gesehen werden.

Zum anderen hat sich die Kirche, und das ist meine persönliche Einschätzung, nach dieser ersten Phase etwas zurückgezogen aus ihrer kämpferischen Position, sie hat sich gespalten. Zwar unterstützt sie z. B. noch den Kampf von Monseñor Ramazzini in San Marcos, unterstützt gewisse Initiativen, aber doch eher vereinzelt. Ich habe den Eindruck, die Kirche hat einen eher konservativen Weg eingeschlagen, denkt und überdenkt sich selber.

Für mich ist das in Ordnung, solange es eine Phase ist, ein Reifeprozess, eine Art Zwischenhalt, um sich klarzuwerden, wo wir als Kirche stehen, was unsere Realität ist und wie wir weiteragieren wollen.

*Frage: Gibt es aus der heutigen Perspektive Aspekte, die dem REMHI fehlen, die anders hätten gemacht werden müssen?*

J.H.: Man darf das REMHI nicht als ein abgeschlossenes Werk betrachten. Es musste eine Form gefunden werden, es musste systematisiert werden, um es publizieren zu können. Aber es ist auf keinen Fall komplett, viele Leute beginnen erst heute, über ihre Geschichte zu sprechen. Wir merken das bei den Exhumierungen, die wir heute durchführen. Viele der Massaker, deren Opfer wir heute exhumieren, sind weder im REMHI noch im Bericht der Wahrheitskommission CEH festgehalten. Der Slogan, mit dem das REMHI gearbeitet hat - "Es ist Zeit zu sprechen" - hat heute also noch genauso seine Gültigkeit wie damals. Darüber zu sprechen war ein erster Schritt. Der zweite Schritt, in dem sich heute einige Diözesen befinden, ist die Neuinterpretation der eigenen Geschichte. Sie schreiben, wie sie es nennen, ihr "lokales" REMHI.

Für mich ist klar: Das REMHI ist kein in sich geschlossenes Werk, es hat dazu beigetragen, die Herzen und Wunden zu öffnen und die Leute zum Sprechen anzuregen. Jetzt ginge es darum, den Prozess weiterzuführen, und genau dies hatte Gerardi vor.

*Frage: Aber just dieser Prozess wurde mit der Ermordung von Gerardi blockiert...*

J.H.: Genau. Würde Gerardi noch leben, hätte er diese zweite Komponente eingeleitet. Schauen wir uns die verschiedenen Elemente an, die dem REMHI noch fehlen: Das Thema Justiz zum Beispiel. Oder die grosse Frage, ob es in Guatemala Genozid gab oder nicht, eine sowohl ethische wie auch juristische Frage.

*Frage: Die Verantwortlichen beschreiben ihre Version der Wahrheit über das Vorgefallene, das REMHI hat aber eine ganz andere Wahrheit ans Tageslicht gebracht. Und dann ist da noch das Verständnis von der „Wahrheit Gottes“ der katholischen Kirche. Wie bringt man das alles zusammen?*

J.H.: Wenn wir von Wahrheit sprechen, müssen wir uns bewusst sein, dass in diesem Land die Wahrheit nichts Absolutes ist. Die Wahrheit ist eine Su-

che. Und bei dieser Suche nach Wahrheit gibt es drei notwendige Schritte. 1. Wer waren wir? 2. Was ist uns geschehen und weshalb ist uns das geschehen? Und 3. Wohin gehen wir?

Auf der Suche nach der Wahrheit gibt es immer Momente des Zusammenstreffens. Aber die Wahrheit macht ihren eigenen Prozess durch. Wenn wir zum Beispiel eine Exhumierung durchführen, erzählen und die Leute, was geschehen ist und wir versuchen, das Erzählte systematisch zu erfassen. Aber bei einem nächsten Besuch erzählen sie uns plötzlich mehr, andere Details, die möglicherweise der ersten Version oder einzelnen Begebenheiten darin widersprechen. Und bei einem dritten Besuch erfahren wir vielleicht noch neue, viel konkretere Details. Die Leute lügen nicht, sondern sie suchen nach ihrer eigenen Wahrheit. Dabei spielt die Erinnerung eine wichtige Rolle. Welche Erinnerung habe ich an etwas Bestimmtes? Für viele ist das Erinnern etwas Schmerzhaftes.

Wenn sich die Kirche mit dieser Wahrheit konfrontiert sieht, ist sie verpflichtet, ihr Engagement zu verstärken.

*Frage: Sie muss aber auch lernen, mit verschiedenen Wahrheiten umzugehen, weil vielleicht eine Nachbarin, die das selbe erlebt hat, ihre eigene Version der Wahrheit von dem Vorgefallenen hat. Es kann also bei dieser Wahrheitsuche nicht um die Suche nach DER Wahrheit gehen.*

J.H.: Genau, und deshalb sage ich, die Wahrheit ist eine Suche. Wir versuchen, ausgehend von den verschiedenen Testimonios, die uns erzählt werden, zu analysieren, was wirklich geschehen ist. Dies ist genau der Versuch, den aktuell einige Diözesen im Rahmen des REMHI machen. Auch hier müssen wir uns fragen, von welcher Wahrheit sprechen wir überhaupt? Was bedeutet Opfer, was bedeutet Täter? Was bedeuteten die verschiedenen Engagements der Leute, was war ihr Konzept von "Kampf"? Möglicherweise war es damals die einzig richtige Art von Kampf, doch heute merken sie, dass sie damit Angst und Schrecken, Misstrauen und Tod erzeugt haben. Die Kirche steht vor der Herausforderung, anzuerkennen und damit umzugehen, dass die Wahrheit nichts Eindeutiges, sondern ein Prozess ist.

*Frage: Wie wird die Vergangenheit in die religiöse Praxis eingebunden und was macht die katholische Kirche auf spiritueller Ebene, um den Versöhnungsprozess voranzutreiben.*

J.H.: Das ist regional unterschied-

lich. Im Ixcán z. B. wird der Todestag von Pfarrer Guillermo Woods feierlich begangen, aber es werden auch die anderen Massaker erinnert. Es wird erinnert, es wird gewürdigt und es wird nicht vergessen. Es geht ums Verstehen, um den Respekt und um das Recht, diese Momente überhaupt zu erinnern. Solche Prozesse finden aber nicht überall statt und repräsentieren nicht das Gefühl der gesamten katholischen Kirche. Der Impuls muss nicht einmal dringend von der Kirche ausgehen. Im Ixcán ist es die Bevölkerung, welche die jährlichen Erinnerungsfeierlichkeiten organisiert, im Petén hingegen geht der Anstoss, jährlich an das Massaker von Dos Erres zu erinnern, klar von der Kirche aus.

Der Jahrestag der Ermordung von Monseñor Gerardi hingegen wird jedes Jahr von der gesamten katholischen Kirche erinnert. Der Fall Gerardi ist für viele Leute ein Präzedenzfall dafür, dass diese Verbrechen nicht in der Straflosigkeit bleiben dürfen. Die Kirche hat im Zusammenhang mit Gerardi die Themen „Erinnerung“ und „Gerechtigkeit“ breit lancieren können.

Weiter ist die Kirche bei den Feierlichkeiten am „Tag der Würdigung der Opfer“ (25. Februar) mit dabei. Die Kirche setzt sich dabei vor allem für eine ökonomische Wiedergutmachung ein, und macht einen Aufruf gegen die Gewalt und für den Respekt des Lebens. Dies ist nicht ein einsamer Ruf gegen die Gewalt, sondern es ist ein Ruf gemeinsam z. B. mit der lutherischen Kirche. Es die Suche nach einem Dialog, nach einem ökumenischen Geist und es

## ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-tätiglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**[www.guatemala.de/fijate/index.html](http://www.guatemala.de/fijate/index.html)**

geht auch darum, die aktuell stattfindende Gewalt beim Namen zu nennen.

*Frage: Wenn nun nach einer Exhumierung die Beerdigung stattfindet, ist die Todesursache ein Thema in der Predigt des Pfarrers? Wird in den Messen über die erlittene Gewalt gesprochen?*

J.H.: Eine Exhumierung ist ein wichtiges Thema für die ganze Gemeinde. Es werden nicht nur Knochen ausgegraben, es geht um eine Person. Die Beziehung zu dieser Person, sei es seitens den Eltern, der Geschwister oder der Kinder, ist eine Beziehung tiefen Respekts und wird auch so manifestiert. So wird z. B. bei einer Exhumierung zuerst die „Person“ um Erlaubnis gefragt, bevor ihre Reste angefasst werden. Der Person wird beschrieben, was mit ihr gemacht wird, dass sie angefasst und aus der Erde herausgenommen wird. Es wird erzählt, wie es der Familie geht, dass die Kinder in der Zwischenzeit gewachsen oder dass sie unterdessen Grosseltern geworden sind. Es ist ein tiefer, heiliger, respektvoller Dialog, der mit der toten Person geführt wird, ein Dialog voller Spiritualität. Auch die Erde wird um Erlaubnis gebeten, in ihr zu graben und es wird ihr dafür gedankt, dass sie die Person behütet hat.

Die Exhumierungen, die wir als Kirche anregen und begleiten, ist Teil eines Versöhnungsprozesses. Es ist uns wichtig, dass dieser Prozess nicht auf der individuellen Ebene, von Du zu Du bleibt, sondern dass die ganze Gemeinde daran teilnimmt. Denn erst dann wird er als versöhnend, heilend wahrgenommen. Es

soll über Hass und Neid, über Macht und Manipulation gesprochen werden und über die Gewalt, die in den Gemeinden geherrscht hat. Dies sind wichtige Elemente des Versöhnungsprozesses und dies aufzuzeigen, ans Licht zu bringen und zu beweisen, ist die Aufgabe des REMHI. Wir begleiten diesen Prozess (mit den Exhumierungen) und es macht uns nichts, wenn sich jemand in einem Detail irrt, wenn das Gedächtnis nicht mehr alles erinnert, die Farbe der Kleider oder das genaue Alter, denn das können wir wissenschaftlich nachweisen. Das sind Nebensächlichkeiten. Wichtig ist, zu sagen, dass niemand lügt, dass das, was die Leute erlebt haben, real ist.

*Frage: Sie haben sehr eindrücklich beschrieben, dass die Exhumierung ein Prozess ist, an der die ganze Gemeinde teilnehmen kann, ein Moment der Solidarität. Bleibt diese Gemeinschaftlichkeit und Solidarität auf die Vergangenheit beschränkt oder werden solche Momente auch genutzt, um andere gemeinschaftliche Prozesse anzutreiben? Prozesse, die über das Opfer-Täter-Schemadenken hinausgehen?*

J.H.: Ich glaube, man sollte die Sachen nicht zu sehr vermischen und an einer Exhumierung nicht zuviel aufhängen wollen. Es kann sein, dass vor einer Exhumierung alles in Ordnung, alles in bester Ruhe war innerhalb einer Gemeinde. Im Moment, wo eine Exhumierung vorgeschlagen wird, öffnen sich Wunden, leben Beziehungsformen auf, die im Laufe der Zeit überdeckt und verdeckt

wurden. Wenn wir nun mit dem Exhumierungsprozess beginnen, wird die Geschichte wiederbelebt und die Leute beginnen vielleicht plötzlich zu verstehen, wo die Widersprüche in ihrer Gemeinde lagen, weshalb es so viele Tote gegeben hat. Ob man will oder nicht, solche Prozesse haben einen Einfluss auf das heutige Zusammenleben innerhalb einer Gemeinde. Ich kenne Gemeinden, wo es zu Spaltungen kam über die Frage, wer das Recht dazu hat, über die Vergangenheit zu sprechen. Wo die einen sagten „Ich habe Opfer in meiner Familie und deshalb das Recht, zu sprechen, und du nicht, weil du keine Opfer hast“. Oder „Du warst in diesen Jahren dort und dort (bei der Guerilla, beim Militär) und deshalb bist du dafür verantwortlich, was in unserer Gemeinde geschehen ist“. Dies generiert eine Distanzierung innerhalb der Gemeinde und man darf eine Gemeinde damit nicht allein lassen. Wir können nicht einfach kommen, unsere Arbeit machen, die Knochen ausgraben, wieder eingraben, ein Monument aufstellen und wieder gehen. Wir haben eine ethische, eine historische Verantwortung, der Gemeinde zu helfen. Was wir versuchen ist, zusammen mit der ganzen Gemeinde die Geschichte aufzurollen, die *Testimonios* anzuhören und zu kennen. Es ist wichtig, die ganze Geschichte zu verstehen und ihre Konsequenzen zu kennen und zu verstehen. Und es ist wichtig, dies mit den Leuten zu diskutieren, ihnen aufzuzeigen, was wirklich geschehen ist. Man kann dies Wiederherstellung des sozialen Gefüges nennen, oder Wiederherstellung der Gemeindestrukturen.

## Ríos Montt unterwegs

**Guatemala, 24. Aug.** Der nach wie vor unter Hausarrest stehende Ex-General Efraín Ríos Montt bekam die Erlaubnis, sich während zwanzig Tagen frei im Land zu bewegen, um die Gemeinde- und DepartementssekretärInnen seiner Partei FRG zu besuchen. Seit einer Woche rennt er nun von einem Treffen zum anderen, von Escuintla nach Huehuetenango, vom Westen in den Osten, um, wie seine Tochter und Kongressabgeordnete Zury Ríos erklärt, Seminare abzuhalten und Personen zu vereidigen, welche sich der Ausbildung der Basis annehmen. Dabei wird nicht verheimlicht, dass es sich um eine Strategie im Hinblick auf die Wahlen 2007 handelt. „Es ist wichtig, dass unser Generalsekretär (Ríos Montt, die Red.) zur Basis geht und seine Botschaft verkündet“, erklärte der FRG-Kongressabgeordnete Arístides Crespo.

Seit Dezember 2004 steht Ríos

Montt unter Hausarrest, da immer noch ein juristischer Prozess gegen ihn läuft, in dem er angeklagt wird, die gewalttätigen Demonstrationen vom 24. und 25. Juli 2003, welche den Verfassungsgerichtsentscheid über seine Wahlkandidatur begleiteten, bewusst provoziert bzw. gesteuert zu haben. Nun wurde ihm von Richter Víctor Hugo Herrera eine 20-tägige Reisezeit erlaubt.

VertreterInnen anderer Parteien versichern, dass die Reise von Ríos Montt damit zu tun hat, dass viele Mitglieder der FRG in Zwischenzeit „das Hemd gewechselt“ haben, d. h., zu anderen Parteien übergetreten sind. Von den 120 unter der Flagge der FRG gewählten BürgermeisterInnen haben 68 zur Regierungspartei GANA gewechselt, 10 sind der *Patriotischen Partei* von Otto Pérez Molina beigetreten und einige erklärten sich unabhängig. „In einer hierarchisch geführten Partei wie der FRG, in

der der „Führer“ eine zentrale und vereinigende Rolle inne hat, ist es wichtig, dass die Basis seine Präsenz spürt, ansonsten besteht die Gefahr einer Spaltung“, erklärt Manfred Marroquin von der *Acción Ciudadana* die Reisefreudigkeit des Generals.

In den vergangenen Monaten sendete der *Caudillo* Video- und Tonbandaufnahmen ins Landesinnere, die bei den Parteiversammlungen vorgeführt wurden, oder seine AnhängerInnen füllten Busse und besuchten ihn in der Hauptstadt.

Gegen den Entscheid von Richter Herrera legte Anwalt Walter Robles, Nebenkläger im Fall der Demonstrationen vom 24. und 25. Juli 2003 Einspruch ein. Bisher liegt noch keine Antwort vor, derweil die FRG bereits weitere Ausflüge von Ríos Montt plant und das Macht-Spiel wohl einmal mehr bis zum Äussersten treiben wird.

## Tödliche Kettenreaktion in Gefängnissen zwischen *Maras*

**Guatemala, 28. Aug.** Mit dem Rücktritt der Gefängnisdirektorin Patricia de Che im Mai, der auf den Skandal um den Genuss von Alkohol, Handytelefonaten und anderen Privilegien in den Haftanstalten zurückging (siehe ¡Fijáte! 335), hatte die Diskussion um die prekäre Situation in diesen keinerlei Veränderung erfahren. Die Dringlichkeit grundlegender Reformen des Systems, der Formulierung von Gesetzen und der Billigung eines adäquaten Etats ist seit langem bekannt, derzeit blockiert v. a. die Regierungspartei GANA entsprechende Massnahmen.

Am vorletzten Montag, 15. August, traf dieses Thema nun auf ein weiteres, im Zusammenhang mit der allgemeinen Unsicherheitssituation, in der die Bevölkerung lebt, brisantes und gefürchtetes: das der Jugendbanden, der so genannten *Maras*. Diese halten AnwohnerInnen bestimmter Stadtviertel in ständiger Angst, ziehen – wie ein Kolumnist feststellte, erfolgreicher als der Staat selbst – von Hausbesitzenden, Busfahrern und Eltern Steuern ein, im Gegenzug, nicht in die Häuser einzubrechen, die Busse nicht zu überfallen oder die Töchter nicht zu vergewaltigen. Daneben sind die *Maras* durchaus auch verantwortlich für diverse „gemeine“ Verbrechen, von Autodiebstahl illegalem Waffenbesitz, Drogenhandel, Entführung bis zu Morden.

In Guatemala, wie in anderen zentralamerikanischen Ländern, dominieren zwei grosse Jugendbanden, die beide ihre Wurzeln in den salvadorianischen Kriegsflüchtlingen finden, die in die USA emigriert, sich dort organisiert, andere MittelamerikanerInnen rekrutiert haben und wieder zurück in die Heimatländer gekommen bzw. aufgrund von Delikten oder illegalem Aufenthalt deportiert worden sind: Die *Mara Salvatrucha* (MS) und die *Mara 18*, die auf Kriegsfuss miteinander stehen, was vornehmlich auf dem Hegemoniekampf in Sachen Drogen und Territorium beruht. Dennoch existierte – bis zu jenem Montag – ein „Nicht-Angriffspakt“ zwischen der „MS“ und der „18“. Wie genau er gebrochen wurde, ist nicht bekannt, ein Anführer der *Mara 18* sieht die Schuld im Einfluss der Polizei, „die bestimmte Anführer der „18“ eliminieren wollte. Die Gruppe ist so gewachsen, dass die Beamten Angst bekommen haben“, schreibt er in einem E-Mail-Interview.

Jedenfalls kam es am Montagmorgen zu einem Überraschungsangriff von inhaftierten Mitgliedern der „MS“ auf Leute der „18“, und zwar – per Handy synchronisiert – in neun Gefängnissen des Landes gleichzeitig. Die Attacke mit Schuss- und Stichwaffen sowie Splittergranaten fand - die Zahlen schwanken - rund 35 Tote und zwischen 80 und 100 Verletzte, grossteils unter der „18“.

Die Pressemitteilungen der folgenden Tage werfen ein Durcheinander von Puzzle-Teilen, Hypothesen und Fakten auf im Versuch, das Geschehene zu verstehen, zu deuten und selbstverständlich die „Schuldigen“ zu finden. Die Polemik bleibt dabei nicht aus und führt zu einer gefährlichen Meinungsmache, die die Gesellschaft erhitzt. „Wie gut, dass diese verfluchten Idioten in den Gefängnissen sich gegenseitig abschlachten, anstatt frei auf der Strasse herumzulaufen und unschuldige und unbewaffnete Personen zu ermorden!“ ist noch einer der harmloseren Kommentare. Innenminister Vielmann ist nicht weniger abschätzig in seinen Äusserungen: „Diese *maderos* sind Verbrecher, Vergewaltiger und Mörder, die den Ärmsten dieses Landes Schaden zufügen; sie verdienen nichts anderes als die Verfolgung durch die Polizei und Gefängnis. Ich hoffe, die Bevölkerung schenkt ihnen keinen Glauben“, so sein Kommentar hinsichtlich der Beschuldigung der Polizei als Drahtzieher der Aktion.

Dabei ist seine eigene Weste ohnehin mehr als befleckt, informierte doch die Chefin der Pflichtverteidigungsabteilung der Staatsanwaltschaft, Tage vor dem Blutbad die Vize-Innenministerin in Kenntnis gesetzt zu haben, dass es diverse Waffen in den Gefängnissen gebe. Dies war ihnen von ihren Mandanten in den Haftanstalten anvertraut worden. Auch die ehemalige Gefängnisdirektorin de Che versicherte aus Erfahrung, jegliche geplante Aktion in den Installationen würde von den Insassen in irgendeiner Weise angekündigt. Schliesslich gab selbst Vizepräsident Eduardo Stein zu, dass die Regierung zumindest von den Sprengkörpern gewusst habe, eine Razzia in Planung war, diese jedoch zu einem späteren Zeitpunkt unangekündigt durchgeführt werden sollte.

Wie aber kamen die Waffen überhaupt in die Knäste hinein? Als Hauptverdächtige gelten die Wächter und Schlüssel Männer, die bestimmte Türen offen gelassen haben sollen bzw. mit ganzen Koffern voll Waffen gesehen worden sind. Eine Erklärung wird auch schnell geliefert: Zum einen sind die Häuser mehr als überlastet, mehr als 1'000 Insassen sollen von 30 oder gar weniger schlecht ausgebildeten und mager ausgerüsteten Wächtern beaufsichtigt werden, während diese einen Hungerlohn verdienen, Gründe genug, diesen durch Korruption aufzubessern.

Die Staatsanwaltschaft steht nun vor dem Problem, keinen Zugang zu den Tatorten zu haben, da alle Gefängnisse von den Häftlingen regiert werden, welche zudem einen Schweigekodex pflegen. Und die eigentlich Zuständigen können die Sicherheit der ErmittlerInnen nicht garantieren, womit die Aufklärung

der Massaker wohl im Dunkeln bleiben wird. Nichtsdestotrotz wurden bereits 22 „MS“-Verdächtige festgenommen und bei punktuellen Durchsuchungen einige Waffen konfisziert.

Als konkrete Massnahmen wurden erst einmal die Mitglieder der beiden *Maras* in den Gefängnissen mehr schlecht als recht voneinander getrennt und zum Teil verlegt. Da die „18“ angekündigt hat, ihre Toten zu rächen, wurde die Polizeipräsenz in den bereits als „rote Zonen“ bekannten Gebieten in der Stadt deutlich verstärkt, dennoch bleibt die Befürchtung, dass sich die Kontrahenten nun offen auf der Strasse bekriegen werden. In mittelfristiger Planung ist der Bau von neuen Gefängnissen, vier mittelgrossen und zwei Hochsicherheitsanstalten. Diskutiert wird derweil, inwiefern ehemalige Militärfasern zu Zuchthäusern umgebaut werden können.

Die Hypothesen in Bezug auf diejenigen, die „dahinter“ stecken, decken ein weites Schlammbild ab. In der Tageszeitung *el Periódico* wird darauf Bezug genommen, dass die Gefängnisatmosphäre zu einem Zeitpunkt stattfand, in dem eine grundlegende Säuberung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) durchgeführt und ein ernsthafter Ausbildungsprozess der Sicherheitskräfte in Angriff genommen wird. „Auch gibt es Anzeichen, dass Waffen schweren Kalibers von Polizisten in die Gefängnisse eingeschleust worden sind. Sind diese Ereignisse Teil einer Konspiration der internen, verkrusteten Mafia der PNC gegen den Säuberungsprozess und die institutionelle Stärkung?“ fragt das Blatt. Laut der *Prensa Libre* gibt es drei Theorien: „Entweder wurde die Waffenausstattung vom organisierten Verbrechen besorgt, da die Leute der „18“ den Drogenhandel in den Gefängnissen für sich beanspruchen; die Autoritäten selbst haben die Bandenmitglieder bewaffnet, damit sie sich untereinander beseitigen oder eine gewöhnliche Auseinandersetzung zwischen den *Maras* ist eskaliert.“

*el Periódico* hat derweil zumindest einen Nutzniesser des Geschehens ausgemacht und beruft sich dabei auf dem Militär nahe stehende Quellen: Es handelt sich um Byron Lima Oliva, hoher Militär und verurteilt wegen seiner vermutlichen Teilnahme am Mord an Bischof Juan Gerardi. Lima wird die Herrschaft über rentable Geschäfte im Untersuchungsgefängnis in der Zone 18 der Hauptstadt zugeschrieben, bis er in das Hochsicherheitsgefängnis „el Boquerón“ im Departement Santa Rosa verlegt wurde. Das derzeitige Chaos erlaubt ihm, in das der Hauptstadt nahe liegende Gefängnis „Pavoncito“ zurück zu kehren, von wo aus er seine florierenden Unternehmen wieder in die Hand nehmen kann.

## Verbotene Abtreibung und Müttersterblichkeit

**Guatemala, 26. Aug.** Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen sind laut Edgar Kestler vom *Zentrum für sexuelle und reproduktive Gesundheit* die wichtigste und dringendste Massnahme, um illegalen Abtreibungen vorzubeugen. Jährlich sterben in Guatemala über 100 Frauen in Folge einer Abtreibung, weltweit steht diese Todesursache bei Frauen an vierter Stelle. Konkret heisst das gemäss der Weltgesundheitsorganisation WHO, dass jährlich 45 Mio. Frauen sogenannte klandestine Abtreibungen vornehmen lassen, wobei 68'000 daran sterben. Das Problem ist, dass in vielen Ländern die Abtreibung verboten ist, was dazu führt, dass sie im Versteckten und oft unter unhygienischen Verhältnissen durchgeführt wird, was zu Infektionen und zu Blutungen führen kann. Das Tabu und die Illegalität, die über dem Thema schweben, verhindern in vielen Fällen, dass Frauen mit Komplikationen aufgrund einer Abtreibung in professionelle Behandlung gebracht bzw. von ÄrztInnen oder Krankenhäusern aufgenommen werden.

In Quetzaltenango wurde kürzlich ein Arzt zu einer Gefängnisstrafe von acht Jahren und neun Monaten verurteilt, weil er eine tödlich endende Abtreibung an einer jungen Frau vorgenommen hat. Dieses Urteil ist insofern interessant, da es die Doppelmoral aufzeigt, mit der das Thema Abtreibung behandelt wird. Oftmals verweigern nämlich ÄrztInnen in den Spitälern den Frauen ihre Unterstützung, um dann in irgend einem Hinterzimmer ihrer Privatkliniken

und für teures Geld die Abtreibung vorzunehmen. Ebenfalls widerspricht dieses Urteil dem Vorurteil, es seien vor allem die (traditionellen) Hebammen, welche Abtreibungen realisieren würden.

Kestler sieht in der sexuellen Aufklärung das Werkzeug, um dem Problem zu begegnen. In erster Linie gehe es darum, unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern, und dazu brauche es Aufklärung. Eine solche Aufklärungskampagne wird zur Zeit vom Gesundheitsministerium in Koordination mit dem Präsidialen Frauensekretariat SEPREM in einigen Departements des Landes durchgeführt.

Aber auch Frauen die gebären, sind gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Guatemala ist das Land mit der zweithöchsten Müttersterblichkeitsrate in Zentralamerika. Gemäss einem Bericht der *Koordinationsinstanz für Gesundheit und Entwicklung von Frauen* hat die Müttersterblichkeit in sieben Departements zugenommen, dazu gehören Tonicapán, Izabal, Sololá, die Verapaces, Huehuetenango und Quiché. Der Landesdurchschnitt sind 153 Todesfälle der Mütter auf 100'000 Geburten, in diesen Departements steigt die Anzahl auf über 200. Gemäss Statistiken sterben 53% der Frauen an Blutungen, 14% an Infektionen, 12% an überhöhtem Blutdruck und 10% an Aborten.

Auch die Vertreterinnen der Koordinationsinstanz sehen in der Aufklärung den ersten und wichtigsten Schritt zur Senkung der Müttersterblichkeit. Viele Frauen, vor allem in ländlichen Ge-

genden, würden sich keine Erholungsphasen zwischen den Schwangerschaften leisten (können), da ihre Partner auf ein nächstes Kind drängen. Um dem entgegenzuwirken, müssten die Frauen erst auf ihr Recht auf freie Entscheidung pochen lernen. Verhütung und Familienplanung betreffe aber nicht nur die Frau, sondern auch den Mann, weshalb mit der Aufklärungsarbeit in Schulen und mit religiösen Persönlichkeiten begonnen werde, damit diese das Thema in ihren Kirchen ansprechen.

Das erklärte Ziel der Regierung Berger ist, die Müttersterblichkeit um 15% zu verringern. Dazu braucht es finanzielle Mittel, wie von der 27 Organisationen umfassenden Koordinationsinstanz anlässlich der öffentlich geführten Debatte „Finanzierung der reproduktiven Gesundheit: eine Priorität für die Sozialpolitik“, an der AkademikerInnen, ÄrztInnen, Kongressabgeordnete und Leute vom Gesundheitsministerium teilnahmen, gefordert wurde. Laut Rebeca Guizár von der Koordinationsinstanz heisst es im Regierungsbeschluss 366-2004, dass 15% der Einnahmen aus den Alkoholsteuern in Aufklärungs- und Familienplanungsprogramme fliessen sollen, Geld, dessen Schicksal bislang unbekannt sei. Um wieviel Geld es genau geht, darüber ist man sich uneinig. Guizár rechnet, dass die 15% rund 53 Mio. Quetzales sind, Alejandro Silva vom Gesundheitsministerium spricht von Q 32 Mio. Tatsache ist, dass es, wie die steigende Müttersterblichkeit beweist, zuwenig oder falsch angelegt ist.

---

## Polizeiarchive: Ein historischer Schatz für die Nation

**Guatemala, 13. Aug.** Mit diesen Worten beschreibt Karen Doyle, US-amerikanische Guatemala- und Archivspezialistin, die Funde, die vor einem Monat in den Kellern der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) in Guatemala-Stadt entdeckt wurden (siehe ¡Fijáte! 340). Sie sei überzeugt, dass in den Dokumenten wichtige Informationen über die Vorgehensweise vor allem der Polizei während des bewaffneten Konflikts zu finden seien, wie Doyle gegenüber einer guatemalteckischen Tageszeitung erklärte.

Unterdessen wurde ein Inventar aufgenommen und man spricht von mindestens 50 Mio. Dokumenten in sehr gutem Zustand, die aneinander gereiht, eine Länge von 4,5 Kilometern umfassen! Menschenrechtsprokurator Sergio Morales rief die Hinterbliebenen von während des bewaffneten Konflikts verschwundenen Personen auf, sich zu

melden, damit geprüft werden könne, ob in den Archiven Informationen über das Schicksal ihrer Liebsten zu finden sind.

Auf die Frage, die sich wohl viele gestellt haben, als sie von der Existenz des Archivs erfuhren, nämlich, weshalb solche Informationen von den Verantwortlichen nicht vernichtet wurden, erklärte Karen Doyle: „Die repressivsten Regierungen haben solche Dokumente und bewahren sie auf. Weshalb? Weil sie aus ihrer Perspektive kein Problem sind, sie sind ein Produkt ihrer Arbeit, die sie „der Nation zuliebe“ ausgeführt haben und auf die sie stolz sind. Deshalb gibt es für sie keinen Grund, diese Papiere zu verbrennen. Jede Bürokratie produziert Papiere, und dass sie überlebt haben, ist wohl eine Kombination bürokratischer Logik, Nachlässigkeit und Vergesslichkeit. Dazu kommt, dass es in armen Ländern an

finanziellen Mitteln fehlt, sich im Nachhinein um die Vernichtung solchen Materials zu kümmern.“

Diese Analyse trifft auch auf die Polizeistation in Rabinal, Baja Verapaz zu, in deren Abteilung für Strafgefangene am 24. August ebenfalls Archive der ehemaligen Nationalpolizei gefunden wurden. Obwohl die Archive von Rabinal in einem schlechten Zustand sind, rechnet man damit, dass auch diese Dokumente Informationen über Opfer des Krieges enthalten. Rabinal gehört zu den Regionen, in denen es die meisten Verschwundene gibt, über deren Schicksal man bis heute nichts Genaues weiss.

Auch in Escuintla wurden laut Zeitungsmeldungen in den Installationen der ehemaligen Nationalpolizei Archive gefunden, welcher Art ist jedoch bisher unklar.

## Misstrauensvotum gegen Innenminister Vielmann gescheitert

**Guatemala, 25. Aug.** Für Innenminister Carlos Vielmann überschlugen sich in den letzten zwei Wochen die Ereignisse. Motiviert und zuversichtlich in Bezug auf seine – in der Presse aufgrund seiner Einzigartigkeit in der politischen Geschichte als „historisch“ deklarierte – Initiative, legte er im Kongress nach seinem ersten Jahr der Amtsübernahme die Rechnungen seines Ressorts der ersten eineinhalb Jahre unter der Regierungspartei GANA offen. Damit machte er zwar seinem dem Ministeramt vorhergehenden Posten als *Präsidentialer Beauftragter für Transparenz und gegen Korruption* und dem *Öffentlichen Ethik-Kodex* alle Ehre, überzeugte seine KongresskollegInnen jedoch nicht mit seinem Report über die Investitionen des Innenministeriums in den Kauf und die Reparatur von Fahrzeugen für die *Zivile Nationalpolizei* (PNC), in Essen für die Gefängnisinsassen und die Gehälter der höchsten FunktionärInnen.

In seinen gebotenen Ausführungen beschränkte er sich auf Verwaltungsangelegenheiten, grundlegende Themen wie die Morde an Frauen, die öffentliche Unsicherheit und das organisierte Verbrechen blieben unangetastet. Die Nachfragen hinsichtlich irgendwelcher Ansätze des Kampfes gegen das Verbrechen und den Drogenhandel sowie zum Präventionsprogramm von Delikten beseitigte der Innenminister entsprechend mit dem Kommentar, dass dies Inhalt eines anderen Berichts sei.

Vielmehr wies Vielmann auf den Erfolg hin, dass seine Administration die Institutionalität des Ministeriums gerettet habe und die Zeiten von Korruptionsskandalen und Verschwendung in diesem vorbei seien. Ex-Innenminister Byron Barrientos harrt derzeit seines Gerichtsprozesses wegen Korruption unter Ex-Präsident Alfonso Portillo, während vor wenigen Tagen die Presse „Anomalien“ in der Finanzverwaltung dieses Ressorts unter Arturo Soto Aguirre aufdeckten, der von Januar bis Juli 2004, nominiert von Oscar Berger, diesem vorstand.

„Ich glaube das nicht und ich will gar nicht darüber nachdenken, dass solche Extreme von politischen Aktionen erreicht werden sollen. Eine solche Situation wäre sehr heikel.“ So die Antwort des Innenministers auf die Frage, ob er es für einen Zufall halte, dass die gewaltsamen Konflikte in den Gefängnissen des Landes (siehe separater Artikel) just am Vortag einer parlamentarischen Anfrage an ihn stattgefunden hatten.

Die Partei der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) nahm neben der

Unterlassung des Themas im Rechnungslegungsbericht Vielmanns eben diese mörderischen Auseinandersetzungen zwischen den Jugendbanden in den Haftanstalten als aktuellen Aufhänger für die Infragestellung der Kompetenz des Ministers angesichts seines Amtes. Dabei waren die KritikerInnen nicht nur auf die Grosse Anfrage an den Chef des Inneren aus, sondern versuchten, die Unterstützung anderer Fraktionen für den Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Vielmann zu erreichen und ihn mittels diesem seines Amtes zu entheben. Für ein solches Gesuch bedarf es 80 befürwortende Stimmen der Kongressabgeordneten.

Aus den ursprünglich 50 Interpellations-Fragen wurden schliesslich 68, die letztendlich ganze fünf Tage der Debatte im Kongress in Anspruch nahmen. Inhaltlich wurde Vielmann zu Beginn zur Verkehrsabteilung des Ressorts befragt, in dem vor einigen Monaten der damalige Chef in flagranti erwischt wurde, als er sich für die Ausstellung von Dokumenten „extra“ bezahlen liess. Vielmann präsentierte nun Zahlen und erstattete unter anderem Bericht über die Anzahl von ausgestellten Knöllchen. Und nach eigenen Angaben habe er – so seine Antwort auf die entsprechende Frage – derzeit keinen Kontakt zum UnternehmerInnensektor.

Angesichts der Hartnäckigkeit der UNE kam Vielmann am Ende doch nicht umhin, eine, wenn auch „vertrauliche“ Kopie seines Sicherheitsplans mit dem klangvollen Namen „Aufwachen 2005“ vorzulegen, der die Ansätze des Ministeriums beinhaltet, um das gemeine und organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Die Forderung der UNE folgte aus der Weigerung Vielmanns, detailliert die Aktionen seines Ressorts in diesem Zusammenhang darzulegen und die Frage 15 der Liste zu beantworten, welche interinstitutionellen Koordinationsmechanismen für diesen Kampf denn wohl eingesetzt würden

Raúl Robles, ebenfalls von der UNE, stellte den Innenminister hinsichtlich der 375 (andere Quellen sprechen bereits von 402) ermordeten Frauen in diesem Jahr in Frage und erkundigte sich nach den Massnahmen der Staatsabteilung, um den Anstieg dieser Zahl zu verhindern: „Wie garantieren Sie uns, dass unsere Frauen nicht weiterhin als Opfer des Verbrechens sterben werden?“ fragte Robles. Die Antwort des Befragten lässt auf keine grossen Veränderungen hoffen. Anstatt Pläne zu definieren sei es notwendig, die Gesetzgebung zu überholen, die die Aggressionen gegen Frauen, wie Vergewaltigung und häusliche

Gewalt, thematisieren, von denen die meisten in der Straflösigkeit verblieben oder auf dem Versöhnungsweg gelöst würden. „Es ist wichtig, die Gesetze zu überarbeiten, um die Sanktionen zu verschärfen“, so die Meinung des Innenministers.

Das Ende des zweiten Anfrage-Tages, der beendet wurde, weil es keine Stimmenmehrheit mehr gab – derweil einige Abgeordnete offen zugaben, dass sie lieber pünktlich zum Beginn des für die Qualifizierung zur Weltmeisterschaft 2006 relevanten Fussballspiels zwischen Guatemala und Panama am Fernseher sein wollten – wurde in der Pressekritik als beste Veranschaulichung des wahren Interesses der Abgeordneten an ihrer Aufgabe und Verantwortung interpretiert.

Der anschliessende Leitartikel in der Tageszeitung *Siglo XXI* war denn auch angemessen als „Eine jämmerliche politische Show“ betitelt. „Es wurden keine tiefer gehenden Fragen gestellt, die dazu hätten beitragen können, einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Stattdessen war alles pure Demagogie. Die nichts sagende Art und Weise, in der die Interpellation an Carlos Vielmann gestellt wurde, bestätigte, dass einige der Abgeordneten des Kongresses sehr weit davon entfernt sind, den Geist und die Tragweite dieser Institution zu ermessen“, so der Artikel. Und weiter: „Wie bei anderen Gelegenheiten überwiegen simple Fragestellungen, irrelevante Erkundigungen und der gleiche populistische Stempel, mit dem gewisse Sektoren die Problematik der BürgerInnen-sicherheit versehen.“

Während Präsident Oscar Berger seinen Innenminister in Schutz nahm – „Es ist nicht fair, dass Funktionäre einer solchen Anfrage unterzogen werden, die für niemanden irgendeinen Nutzen gebracht hat. Es war reine Zeitverschwendung für den Kongress und für die Funktionäre, die besser in ihren Büros sein und dort arbeiten sollten“, so Berger – entschied der Grossteil der Parteien, darunter die *Grosse Nationale Allianz* (GANA), die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG), die Partei *Unionistas*, die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), die neue Gruppierung *Encuentro por Guatemala*, die *Integracionistas* sowie die *Patriotische Partei* (PP), im Endeffekt, den UNE-Antrag auf ein Misstrauensvotum nicht zu unterstützen. Jedoch machten sie deutlich, dass diese Entscheidung keine Rückendeckung für Minister Vielmann bedeute. Doch halten sie einen Wechsel des Amtsinhabers des Innenressorts im derzeitigen Moment für kontraproduktiv.